

Thomas Jahn

„Friede kann man essen -
Politische Stabilität als Voraussetzung
für wirtschaftlichen Aufschwung“

Uganda vom 19. 11. bis 31. 12. 1997,
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Zur Person	558
Kaffee, Korruption und Kapitalismus	558
Eine kleine Wirtschaftsgeschichte Ugandas	559
Die mörderische Seite des Kuznet'schen Gesetzes	560
Schmutz in der Kaffeetasse oder Die Grenzen des vollkommenen Marktes	562
Wie bekommt man den Kapitalismus ins Land?	564
Fünf Dinge braucht der Investor	567
Die Bereicherung der Begünstigten	570
Ausblick	574
Danksagung	576



Thomas Jahn, 1965 in El Paso/Texas geboren, studierte Volkswirtschaft und Politik in Köln. 1995 Aufnahme in den 33. Lehrgang der Deutschen Journalistenschule in München. 1996 Redakteur beim Wirtschaftsmagazin Capital. Hospitanten bei der Zeit, WDR, Deutsche Welle und diversen Lokalzeitungen. Austauschstudent 1990/91 an der Sophia University in Tokio für zwölf Monate. Vor dem Stipendium der Heinz-Kühn-Stiftung noch nie in Afrika gewesen.

Kaffee, Korruption und Kapitalismus

„Das Geschäftsleben in Afrika stirbt nie, es wird nur unterbrochen.“

V. S. Naipaul, An der Biegung des großen Flusses (1979)

Wirtschaft und Afrika - da spüre ich Spannung, und deswegen bin ich nach Uganda gefahren. Auf der einen Seite Effizienz, Sparsamkeit und Erfolg, auf der anderen Verschwendung, Lebensfreude und Armut. Das ist natürlich grobe Vereinfachung. Trotzdem erstaunt es, mit wieviel Reichtum die afrikanischen Länder südlich der Sahara ausgestattet sind, und wie wenig sie an Wohlstand erreichen. Das trifft leider auch auf Uganda zu. Aber wer weiß wie lange noch. Vor wenigen Jahren löste es Ghana als Musterland Afrikas ab. Die internationale Presse spricht vom neuen „Shooting-Star“ des Kontinents. Hohes Wirtschaftswachstum, stabile Währung und niedrige Inflation lassen selbst die unerbittlichen Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank ins Schwärmen geraten.

Uganda? Früher war es der Inbegriff des Schreckens. In den siebziger Jahren mordete Idi Amin, in den achtziger Jahren Milton Obote. Niemand weiß, wie viele Menschen durch Terror und Bürgerkrieg umgekommen sind. Schätzungen gehen von 600 000 bis 1 Million Opfern aus. Eine unvorstellbar hohe Zahl angesichts der kleinen Bevölkerung von heute 19 Millionen Menschen. Nach fünfjährigem Buschkrieg setzte sich 1986 wieder ein Diktator durch, diesmal aber ein wohlwollender: Yoweri Kaguta Museveni. Sein vorausschauender und vernünftiger Regierungstil stößt überall auf Begeisterung. Wenn es politische Führer gäbe, die dem Kontinent Hoffnung auf eine Wiederbelebung der Wirtschaft geben könnten, so der für Afrika zuständige Vizepräsident der Weltbank, C. Madavo, dann seien es der südafrikanische Vizepräsident Mbeki und der ugandische Präsident Museveni. Selbst einer seiner gewichtigsten Kritiker, Charles Onyango Obbo, ein führender Journalist Ugandas, gibt zu: „Afrika ist so

hoffnungslos, daß ein Präsident wie Museveni - bei all seinen Fehlern - wie ein Wunder erscheint."

Vielleicht ist es langweilig, das Ergebnis vorweg zu nehmen. Die Ausgangsthese bestätigt sich. Politische Stabilität und „gute“ politische Führung sind Dreh- und Angelpunkt des wirtschaftlichen Erfolgs Ugandas. Die Kräfte des Marktes haben Zeit und Raum, sich zu entfalten - ein oft nur kurzes Glück in diesem Kontinent. Das afrikanische Dilemma: Es mangelt nicht an Wirtschaftskraft, sondern an fähiger Politik. Das Ende des Kalten Krieges verbesserte die Situation, der Ost-West-Konflikt wird nicht mehr in Tansania, Angola oder Äthiopien ausgefochten. Jedoch zeigen die Beispiele von Ruanda, Kongo oder Simbabwe, wie rasch sich Tod und Terror jederzeit auch ohne Stellvertreterkriege ausbreiten.

Angesichts des alltäglichen Wahnsinns in Afrika erscheint es tatsächlich wie ein Wunder, daß Uganda seit zwölf Jahren einen in Wirtschaftsfragen kompetenten und unbestechlichen Präsidenten besitzt. All das kann nicht unbedingt über Regierung und Bürokratie gesagt werden. Auch gehört Uganda trotz aller Fortschritte noch zu den ärmsten Ländern der Welt, der neue Wohlstand trifft nur wenige. Probleme und Spannungen gibt es genug in der „Perle Afrikas“. Davon handelt der Bericht - ein Report über Kaffee, Korruption und Kapitalismus.

Eine kleine Wirtschaftsgeschichte Ugandas

Alles schien auf eine goldene Zukunft hinzuweisen. Als Uganda 1962 von Großbritannien in die Unabhängigkeit entlassen wurde, boomte die Wirtschaft. Mildes Klima, fruchtbarer Boden und eine intakte Infrastruktur sorgten für Aufschwung. Die Schreckensherrschaft unter Idi Amin setzte dem ein Ende und verwüstete das Land. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte von 1970 auf 1980 um 20 Prozent. Sein Sturz durch die Armee Tansanias und den Oppositionskräften unter der Führung Milton Obote brachte Anfang der achtziger Jahre eine zwischenzeitliche, allerdings nur oberflächliche Erholung. 1984 entzog der IWF seine Unterstützung, nachdem Obote das Land in Schulden gestürzt und das Land in einen sinnlosen Bürgerkrieg getrieben hatte.

Nach dem Sieg der von Museveni angeführten „National Resistance Army“ im Januar 1986 gelang Uganda die zwar langsame, aber dafür nachhaltige Wende zum Besseren. Obwohl die neue Regierung zuerst sozialistische Parolen ausgab, stimmte sie 1987 dem „Economic Recovery Programme“ des IWF zu, das stark den marktwirtschaftlichen Vorstellungen des Währungsfonds entsprach. Museveni wandte sich rasch von alten Idealen der Studentenzeit ab: „A Marxist turned pragmatist“, sagt es die „Financial Times“ schön und kurz.

Seine Bilanz läßt sich sehen: Museveni reduzierte die Truppenstärke des Militärs um die Hälfte, verringerte die Zahl der Beschäftigten in der

morbiden Bürokratie von 320 000 auf 130 000, und privatisierte zahlreiche Staatsbetriebe. Nach zehn Jahren Diktatur hielt auch Demokratie Einzug: 1996 wählten die Ugander zum ersten Mal wieder seit Jahrzehnten in freien und geheimen Wahlen ein Parlament und einen Präsidenten. Der überlegene Gewinner: Yoweri Kaguta Museveni. Die Wirtschaft ist liberalisiert wie kaum in einem anderen afrikanischen Land: In 1998 und 1999 fallen die letzten Monopole, Telekommunikation, Zigaretten, Bier oder Batterien sind wie alle anderen Produkte und Dienstleistungen dem freien Wettbewerb ausgesetzt.

Die Wirtschaft gedeiht, im Fiskaljahr 1994/95 gab es das Rekordwachstum von 10,5 Prozent, 1995/96 legte das Land nochmals um 8,1 Prozent zu, 1996/97 dehnte sich die Wirtschaft um fünf Prozent aus. Auch die Qualität des Wachstums stimmt in groben Zügen, es bewegt sich auf breiter Basis und erfaßt Dienstleistung und Industrie. Vielversprechend ist zudem die Ausweitung der monetären Wirtschaft. Immer weniger Menschen sind auf selbstangebaute Lebensmittel oder auf Tauschhandel angewiesen, immer mehr Menschen erzielen Einkommen. Die Geißel Inflation ist ausgerottet. Entwertete sich Mitte der achtziger Jahre das Geld noch jährlich um 2 000 Prozent, so sind es heute aufgrund disziplinierter Geld- und Fiskalpolitik nur rund acht Prozent. Die Landeswährung, ugandischer Schilling, ist frei konvertierbar, der Wechselkurs seit Jahren stabil. „Museveni hat Uganda in eine AG verwandelt, straff und autokratisch gelenkt von blitzgescheiterten Ökonomen. Gegen die zentrifugalen Kräfte - alte Könige, traditionelle Häuptlinge - setzt er die Strategie bedingungsloser Modernisierung“, staunt „Die Zeit“ Mitte 1996.

Die mörderische Seite des Kuznet'schen Gesetzes

Der Erfolg kommt nicht allen zugute. Mit dem enormen Wachstum gehört Uganda zum Klub der zehn Prozent, d. h. zu den 20 am schnellsten boomenden Volkswirtschaften weltweit. Am Ende der Tabelle findet sich Uganda allerdings wieder, wenn es um die Lebensbedingungen der Bevölkerung geht. Nach einer Mitte 1997 veröffentlichten Untersuchung der „United Nations Development Programme“ (UNDP) landet Uganda auf Platz 159 von insgesamt 175 Ländern. Der „Human Development Index“ fällt katastrophal aus und liegt nicht nur unter dem Durchschnitt aller Länder in Sub-Sahara-Afrika, sondern sogar unter dem der weltweit am geringsten entwickelten Nationen.

Gegensätzlicher kann sich ein Land kaum präsentieren - auf der einen Seite Wohlstand und Wolkenkratzer, auf der anderen Seite Armut und Wellblechbaracken. Uganda ist ein typisches Beispiel für das in der Wirtschaftswissenschaft als „Kuznetsches Gesetz“ bekannte dichotomische Phänomen. Danach wächst in einer Volkswirtschaft für eine gewisse Zeit nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Ungleichheit in der Einkom-

mensverteilung. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Die Hoffnungen vieler Nationalökonomien liegen auf dem „Trickle-Down-Effekt“: Ab einem bestimmten Entwicklungsniveau „sickert“ Wohlstand von den Reichen zugunsten der ärmeren Bevölkerungsschichten durch, die Schere schließt sich, das soziale Gefälle nimmt ab.

Uganda ist noch einiges von diesem Sickerpunkt entfernt. Nur zögernd entsteht eine Mittelschicht. Industrie und Dienstleistung entwickeln sich langsam, der öffentlichen Hand fehlt die Kraft zur Umverteilung. Die Regierung spart eisern, um IWF-Auflagen zu erfüllen, ihre Einnahmen schwanken zudem aufgrund schmaler Steuergrundlage, Entwicklungshilfe dominiert den öffentlichen Haushalt. Von 1991 bis 1995 entfielen von den jährlichen Staatsausgaben durchschnittlich nur 10,5 Prozent auf den sozialen Bereich - die UNDP empfiehlt mindestens 40 Prozent. Ein hoher Schuldendienst und andere Fixkosten sowie Korruption verschlingen große Teile des Budgets.

Das hat Auswirkungen: Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei rund 41 Jahren, die Säuglingssterblichkeit beläuft sich auf 121 von 1 000 Lebendgeburten - beide Werte fallen deutlich schlechter aus als beispielsweise in den Nachbarstaaten Kenia oder Tansania. Nur 38 Prozent der Bevölkerung hat Zugang zu hygienisch einwandfreiem Wasser, 39 Prozent können weder lesen noch schreiben. Die Fruchtbarkeitsrate von 6,9 liegt viel zu hoch, 43 Prozent aller weiblichen Teenager sind schwanger oder bereits Mutter - als Folge wächst die Bevölkerung jährlich um atemberaubende 2,4 Prozent. Rund 50 Prozent der Bevölkerung leben in absoluter Armut - definiert als ein Einkommen von einem Dollar und weniger am Tag. 23 Prozent aller Kinder sind unterernährt, Kinderarbeit ist weit verbreitet.

Die Armut in Uganda ist nach Herkunft und Geschlecht aufgegliedert. Ländliche Gebiete generell sind am härtesten betroffen. Der Norden ist unterentwickelt und leidet unter einem schwelenden Buschkrieg, immer noch begehren Rebellen der „Lord Resistance Army“ gegen Kampala auf. Auch gehören die nilotischen Völker im Norden nicht zu den Lieblingen der Regierung. Museveni wird nachgesagt, daß er die Stämme der Bantu bevorzugt. Die südlichen und südwestlichen Landesteile prosperiert dank guter Infrastruktur, fruchtbarem Boden und Förderung durch die öffentliche Hand.

Frauen sind in Uganda stark benachteiligt, die UNDP konstatiert „a dichotomy between woman and men as regards access to productive resources, poverty levels, education, employment opportunities, and participation in the political process“. Beispielsweise erledigen Frauen 70 Prozent der Arbeit in der Landwirtschaft, ihnen gehören aber nur 0,7 Prozent des Bodens. Auf fast unschuldige Art und Weise dokumentiert die Besucherbroschüre des im Südwesten in Uganda gelegenden Bwindi-Nationalparks die diskriminierende Einstellung vieler männlicher Ugander: „The majority of the people living in the area surrounding the park are subsistence farmers. The women do the majority of the farming and are

also responsible for fetching water, cooking, and caring for the children. Men sometimes hold jobs outside of the home. They assist with certain household duties which are assigned to men, such as erecting new houses etc." Weniger unschuldig ist ihre Einstellung zum Geschlechtsverkehr, Vergewaltigungen gelten als Kavaliersdelikt. Drei von vier weiblichen Teenagern haben ihren ersten geschlechtlichen Kontakt mit Familienangehörigen.

Schmutz in der Kaffeetasse oder Die Grenzen des vollkommenen Marktes

Uganda im Kaffeerausch. Wie einst im letzten Jahrhundert Goldgräber in Nordamerika immer neue Claims absteckten, pflanzen Ugander Kaffee an, wo sie nur Platz finden. Die Preise sind in den letzten Jahren aufgrund von Frostschäden in Brasilien und steigender Nachfrage nach oben geklettert. „Grew more coffee“, lautet auf Werbetafeln und Lastwagen die Botschaft der Regierung, die 1991 den Kaffeemarkt liberalisierte und mit der Hoffnung auf steigende Deviseneinnahmen die Produktion anheizt.

Mit Erfolg. Uganda ist Afrikas größter Exporteur, weltweit der siebtgrößte. Kaffee ist wie bares Geld: 65 Prozent aller Deviseneinnahmen stammen aus seinem Verkauf. In Uganda leben direkt oder indirekt fünf Millionen Menschen vom Anbau und Handel mit den schwarzen Bohnen. Anders als in vielen Ländern Südamerikas gibt es kaum Großplantagen, die durchschnittliche Landgröße eines Kaffeepflanzers liegt bei vier Hektar.

Zwei Sorten wachsen in Uganda. Robusta macht 85 bis 90 Prozent der Ernte aus. Der Rest entfällt auf die qualitativ hochwertige Pflanze Arabica, die nur in bestimmten Feuchtgebieten und Hanglagen wie beispielsweise beim Mount Elgon im Osten an der Grenze zu Kenia gedeiht. Dünger wird nicht eingesetzt. Die Temperaturen liegen konstant zwischen 20 und 30 Grad, das Klima ist feucht und der Boden sehr fruchtbar. Ugandische Kaffeefarmer ernten zweimal im Jahr. Zwischen den zwei Regenzeiten, jeweils im Oktober und November sowie im März und Juni pflücken sie die Bohnen, trocknen sie und verkaufen sie an Zwischenhändler oder direkt an die über 30 Exportfirmen.

Die Produktion verdoppelte sich seit Anfang der neunziger Jahre von jährlich zwei Millionen Säcken (ein Sack enthält 60 Kilogramm) auf rund vier Millionen Säcke - der höchste Stand seit 20 Jahren. Der Boom soll weitergehen: Präsident Museveni kündigte auf der 37. Jahresversammlung der „Inter-African Coffee Organisation“ (IACO) Ende November 1997 in Kampala den Export von neun Millionen Säcken bis zum Jahr 2000 an. Die Nachfrage ist da. „Der Markt schätzt die ugandischen Bohnen, weil sie sich ausgezeichnet zum Blenden mit Kaffee von höherer Qualität eignen“, sagt Gregory Stough, Geschäftsführer der „Ibero Uganda“, Tochter der deutschen „Neumann Kaffee Gruppe“, weltweit größter Kaffehändler. Blenden

bedeutet nichts weiter als Strecken: Die Röster versuchen, vor allem kolumbianischen Kaffee ohne qualitative Beeinträchtigung mit anderen, preiswerteren Sorten zu vermischen.

Der Kaffeemarkt in Uganda könnte im Lehrbuch der Ökonomie zu finden sein: Ein Beispiel für ein Polypol, einen vollkommenen Markt. Die Anzahl der Anbieter und Nachfrager nach Kaffee ist sehr groß, die Marktmacht einzelner Teilnehmer durch scharfen Wettbewerb gezügelt, über Preise und Mengen herrscht weithin große Transparenz. „Die Kaffeepflanzer kennen sehr genau die Preise, die in London an der Warenterminbörse gehandelt werden“, sagt Stough. Seit knapp vier Jahren ist seine Firma im Land, die ersten zwei Jahre „verdienten wir sehr viel Geld“, so Stough. Doch jetzt sind viele Exporteure auf dem Markt, die Konkurrenz läßt die Profite schrumpfen.

Zwei Dinge könnten den ehrgeizigen Plänen der Regierung im Weg stehen. Zum einen gibt es die aus dem Kongo kommende Pilzinfektion Tracheomycosis, die den Wasserkreislauf der Robusta-Pflanze blockiert. Gegen die Krankheit gibt es bislang keine andere Gegenmaßnahme, als die befallende Pflanze auszureißen und zu verbrennen. Das Problem nutzt die „Uganda Coffee Development Agency“ (UCDA) allerdings geschickt, um die Produktion sogar noch zu steigern. Im Laufe der letzten Jahre entwickelte die vom Staat gestützte Agentur neue Robusta-Typen, die nicht nur weitgehend resistent gegen Tracheomycosis und andere Krankheiten sind, sondern auch einen deutlich höheren Ertrag aufweisen: Statt wie bislang 700 Kilo pro Hektar reifen jetzt bis zu 2 500 Kilo pro Hektar heran. „Mother Gardens“ nennen sich die unzähligen UCDA-Beete in ganz Uganda, auf denen die neue Sorte heranwächst und deren Setzlinge gratis an die Bauern verteilt werden.

Die zweite Gefahr ist weitaus schwieriger in den Griff zu bekommen: Der Mensch. Die reine Lehre der Marktwirtschaft stößt an ihre Grenzen, wenn staatliche Aufsicht zu große Lücken zeigt. Die Konkurrenz ist so groß, daß die Exporteure über Preis und Service keine zusätzlichen Mengen aus den Kaffeepflanzern herausholen können. Fällt zudem die Ernte schlecht aus wie im Winter 1997/98 aufgrund der verregneten Trockenzeit (El Nino), begehen immer mehr Verarbeiter die beiden Todsünden des Kaffeegeschäfts: Sie strecken die Bohnen mit „defects“, also mit zerriebenen Hülsen, verbrannten Bohnen oder kleinen Steinen, und/oder akzeptieren nasse Bohnen, die sie in diesem Zustand weiterverarbeiten. „Der ausgezeichnete Ruf des ugandischen Kaffees stammt noch aus der Zeit vor der Liberalisierung - jetzt ist er gefährdet“, warnt Stough.

Die UCDA scheint die Gefahr zu erkennen. Allein in den letzten zwei Wochen des Novembers 1997 schloß sie 29 Fabriken, die entweder feuchten Kaffee produzierten, Maismühlen benutzten, Kaffee auf dem Boden trockneten oder gar keine Lizenz besaßen. Das Phänomen beschränkt sich nicht auf kleine und kriminelle Außenseiter. Inspektoren fanden beispielsweise bei „Kyagalanyi Coffee“, 1996/97 größter Exporteur in Uganda, Bohnen mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 30,4 Prozent - mehr als doppelt

so viel wie die international maximal akzeptierten 13 bis 14 Prozent. Auch „Banga Multi-Purpose Society“, ehrenvolles Mitglied in der „Uganda Coffee Trade Federation“ (UCTF) und ehemaliges Vorstandsmitglied der UCDA, gehört mit zu den Sündern.

Der Regen verschärft die Situation. Durch die Klimaverschiebung „El Nino“ sinkt die ugandische Kaffeeproduktion für 1997/98 um geschätzte 30 bis 50 Prozent. Angesichts der wichtigen Rolle des Kaffees im Außenhandel hat das nachhaltig negative Auswirkungen auf Devisenerlöse und Wirtschaftswachstum. Die Misere verdeutlicht, wie mutig die Kaffeeprognosen der Regierung sind und auf welch wackligen Füßen das ugandische Wirtschaftswunder steht: Zuviel Niederschläge oder ungünstige Spekulationen auf den Terminmärkten, und das Land ist in ernsthaften Schwierigkeiten.

Diversifikation und Preisstabilität heißt der Ausweg: Industrielle und zusätzliche landwirtschaftliche Produkte müssen die Exportpalette Ugandas erweitern. Beispiel Teeanbau: Durch umfangreiche Förderungsmaßnahmen (Privatisierung, Einrichtung der „Uganda Tea Authority“) steigerte sich die Produktion des in Uganda beliebten Getränks von 13 Millionen Kilogramm (1995) auf 20 Millionen Kilogramm (1997). Weiterhin darf die Qualität des Kaffees unter keinen Umständen leiden, sonst verfällt der Preis. Dazu bedarf es der gründlichen und unbestechlichen Kontrolle des Staates. Das wird allerdings schwierig.

Wie bekommt man den Kapitalismus ins Land?

Kaum ein Land in Afrika zeigt sich so aufgeschlossen gegenüber der Wirtschaft wie Uganda. Allen voran predigt Präsident Museveni ökonomisches Denken und Handeln. Zahlreiche Zeitungskolumnen und Konferenzen drehen sich ausschließlich um Details, Fortschritte und Probleme in der wirtschaftlichen Entwicklung Ugandas. „Egal, was passiert“, sagt Richard Kajuka, Minister für Wirtschaftsentwicklung, „unsere Politik ist geschäftsfreundlich“.

Auswärtige Investoren werden hofiert, die eigenen Mittel sind beschränkt. Der ugandische Finanzsektor funktioniert kaum. Für einen Kredit muß selbst ein Kunde mit guter Bonität 28 Prozent Zinsen zahlen. Mittel- oder langfristige Investitionen sind damit nicht zu finanzieren. Viele der Banken stehen kurz vor dem Bankrott. An ihren desolaten Bilanzen ist Museveni nicht ganz unschuldig. Ulrike Wilson, IWF-Chefin mit Büro in Kampala: „Wie nach jeder Revolution üblich, mußte er Mitkämpfer und Funktionäre zur Belohnung mit großzügigen Krediten versorgen - die nie zurückgezahlt wurden.“ Zum Monat Oktober 1997 war die staatseigene „Uganda Development Bank“ (UDB) mit knapp 82 Millionen Dollar verschuldet, der Löwenanteil entfiel auf faule Kredite für Einzelpersonen. Ein „Restructuring Team“ krepelt die Bank jetzt von unten nach oben um: Mitarbeiter

werden entlassen, Firmenfahrzeuge verkauft, Schulden eingetrieben oder abgeschrieben. Ähnlich katastrophale Verhältnisse finden sich in der „Uganda Commerical Bank“: Zerrüttete Finanzen ließen den Verkauf der zweitgrößten Bank des Landes im Sommer 1997 an Investoren aus Malaysia fast scheitern.

Um so wichtiger ist die Arbeit der „Uganda Investment Authority“ (UIA). Die halbstaatliche Agentur versucht so viel Kapital wie nur möglich in das Land zu bekommen. Zwar gleicht das UIA-Gebäude an der Kampala-Road in Kampala von außen einem heruntergekommenen Plattenbau in Berlin-Friedrichshain, der Eingang eingezwängt zwischen einem Elektroladen und Bata-Schuhgeschäft. Der Innenhof mit Springbrunnen und Holzterrasse zeigt schon ein anderes Gesicht. Holzvertäfelungen und Polsterstühle vermitteln eine großzügige Atmosphäre und lassen ausländische Manager sich wie zu Hause fühlen. Vergessen die sonst altersschwachen Computer und wackligen Schreibtische. Hier stimmt alles, Broschüren, Anzüge und Konferenzräume - eine andere Welt.

Die 50 Mitarbeiter arbeiten in einzelnen, den jeweiligen Märkten zugewiesenen Abteilungen. Die Vorstandsmitglieder der 1991 gegründeten UIA kommen zu gleichen Teilen aus der Privatwirtschaft und dem Ministerium für Wirtschaftsentwicklung. Der Geschäftsführer William T. Muhairwe studierte Betriebswirtschaft in Deutschland und spricht nicht nur wie alle Mitarbeiter perfekt Englisch, sondern auch fließend Deutsch. 1995 erhielt seine Agentur von Corporate Location und der britischen Consultingfirma Coopers & Lybrand den Preis als bestes Marketing-Büro in Afrika und dem Mittleren Osten. Es gibt auch einen Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit, Daniel Musiitwa, „Media and Publications Officer“ steht auf der Visitenkarte. Mit Schlips und Kragen flaniert der Betriebswirt in den Empfangsraum, unter dem Arm einen Stapel Informationsblätter und Präsentationspapiere.

Auf drei Säulen ruht das Konzept, mit dem UIA die „komparativen Vorteile“ Ugandas an ausländische Industrielle und Finanziere verkauft. Da ist zum einen das Internet. Als das Medium 1993 noch in den Geburtswehen lag, eröffneten UIA bereits eine Web-Site. Einfacher und billiger geht Werbung nicht. Aufwendiger sind die Investmenttouren. Einmal im Jahr reist ein Troß von Wirtschaftsexperten und Politikern für zwei Wochen entweder nach Europa, Südafrika oder in die USA. Dort rühren sie in Konferenzen und Meetings die Werbetrommel. Im Frühjahr 1998 sind Großbritannien und Deutschland an der Reihe. Schließlich betreibt UIA zusammen mit der Weltbank seit Oktober 1997 das vierjährige Projekt „PE International“. Die UIA sammelt zu jedem Markt, der sich in Uganda entwickeln könnte, weltweit Daten von möglichen Investoren. Die sprechen sie gezielt an: „Wenn von 100 Unternehmen, die wir einladen, vier vor Ort kommen, und einer davon sein Geld hier läßt, dann lohnt sich der Aufwand“, sagt Musiitwa.

Der Erfolg? Rund 4,8 Milliarden Dollar verbuchte UIA bislang auf der Habenseite. 60 Prozent sind bereits in Fabriken, Büros und Belegschaft

investiert. 150 000 neue Arbeitsplätze sollen geschaffen werden, 78 100 stehen davon schon in Lohn und Brot. Die meisten Investitionen stammen aus der alten Kolonialmacht Großbritannien, gefolgt von Kenia, Indien und Kanada. 38 Prozent der insgesamt 2 300 UIA-Projekte werden unter ausländischer Regie geführt, 24 Prozent entstehen als Joint-Venture und 30 Prozent finanzieren inländische Geldgeber.

Für UIA eine stolze Bilanz — für eine Volkswirtschaft bewegt sie sich im Mickey-Maus-Bereich. Der Wandel weg von der Landwirtschaft und hin zur agrarindustriellen Gesellschaft kommt nur zähflüssig voran. Im Fiskaljahr 1996/1997 steuerte das verarbeitende Gewerbe nur rund acht Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Der sowieso niedrige Anteil sinkt noch mehr, wenn man die Effekte der Importsubstitution abzieht: Die Herstellung von Zigaretten, Bier oder Batterien ist durch Zölle oder Einfuhrverbote vor ausländischer Konkurrenz geschützt. Das ändert sich ab März 1998 und 1999, dann fallen die Schutzmauern. Wie sich das auf die industrielle Produktion auswirkt, bleibt abzuwarten. Hilary Obonyo, Geschäftsführer der „Uganda Manufacturers Association“ (UMA), gibt sich optimistisch. Für das nächste Fiskaljahr prognostiziert er einen Anteil des verarbeitenden Gewerbes am BIP von über neun Prozent. „Seit Jahren wächst unser Sektor durchschnittlich jährlich um 15 Prozent“, strahlt Obonyo, dessen Vereinigung das Gegenstück zum deutschen Bundesverband Deutscher Industrie (BDI) ist und 600 Mitgliedsfirmen zählt.

In Gesprächen mit Unternehmern sieht das alles ganz anders aus. Seit Jahren versucht beispielsweise V. M. Shah, Direktor der Verpackungsfirma „Afroplast“ in Kampala, einen speziell für seine Maschine ausgebildeten Monteur aus Kenia einzustellen. Das „Department for Immigration“ verweigert hartnäckig seine Einreise. Über die häufigen Stromausfälle beschwert er sich schon gar nicht mehr. „Uganda, wake up before it's too late!“ - so lautet die Überschrift über einem Leserbrief von George Rickson, Geschäftsmann aus Südafrika, in der Tageszeitung „New Vision“ vom 21. November 1997. Darin schildert Rickson, der eine Fabrik in Kampala bauen wollte, seine Erlebnisse: Verabredungen wurden nicht eingehalten, die UMA hat bis heute nicht auf seine Anfrage reagiert, zu offensichtlich wollten ugandische Geschäftspartner schnelles Geld machen.

Die Wirtschaftsfreundlichkeit Ugandas erweist sich in der Praxis als Lippenbekenntnis. Ein großes Fragezeichen stellt sich hinter den Sprung Ugandas ins industrielle Zeitalter: Grundsätzliche Dinge wie Strom, Wasser, Telefon und Boden sind in Uganda nicht oder nur unter schwierigen Umständen zu haben. Erschlossene Gewerbegebiete gibt es wenige und ausschließlich in den Großstädten Kampala und Jinja. Gewagt ist das neue Steuersystem, mit dem Uganda experimentiert. Bislang lockte es Investoren mit völliger Befreiung von allen Unternehmenssteuern auf fünf Jahre, der „Tax Holiday“. Die Regelung soll sich als zu großzügig erwiesen haben. „Viele nutzten den Steuervorteil, um nach dessen Ablauf das Unternehmen zu schließen und das gleiche unter anderem Namen zu eröffnen“, sagt Musiitwa.

Seit kurzem spinnt die Regierung die Steuersubvention feiner, vor allem Investitionen in die Industrieproduktion sollen gefördert werden. So können Maschinen, Zubehör oder Fabrikgebäude sofort zu 50 Prozent von der Steuer abgeschrieben werden. Die Rückerstattung der Mehrwertsteuer in Höhe von 17 Prozent soll in der Rekordzeit von 30 Tagen erfolgen, die Unternehmenssteuern sind auf nominal 30 Prozent begrenzt und gehören damit zu den niedrigsten der Welt. Im Endeffekt seien die Vorteile für Unternehmer noch größer als vorher, versichert Musiitwa.

Ob die Wirtschaft das komplizierte Steuermodell genauso gerne mag? „Das ist wahnsinnig“, sagt Tuan A. Nguyen, hochrangiges Mitglied in Washington bei der in Uganda sehr aktiven „United States Agency for International Development“ (USAID) und ehemaliger Finanzminister von Süd-Vietnam. „Kenia, selbst Südafrika, gewähren völlige Steuerfreiheit bis zu zehn Jahren. Die Regelung wird sich nicht durchsetzen.“

Was ist zu tun? Verschiedene, ökonomisch schädliche Steuern müssten reduziert werden. Mit 215 Prozent besteuert Uganda Benzin, das pro Liter 1,1 Dollar kostet. Diesel ist doppelt so teuer wie in Kenia. Die Transportkosten liegen damit zu hoch, schädigen die wirtschaftliche Entwicklung von ländlichen oder abseits gelegenden Gebieten und fördern Schmuggel sowie Schwarzgeschäfte. Zusammen mit neu eingeführten Unternehmenssteuern von 30 Prozent verliert der Standort Uganda damit deutlich an Attraktivität.

Welche Steuern Uganda stattdessen erheben soll, ist ein Rätsel. Fast 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts spielen sich im nicht-monetären Bereich ab und können nicht besteuert werden. Nur zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts stammen aus Steuereinnahmen, vergleichsweise liegt der Schnitt in Sub-Sahara-Afrika bei 20 Prozent. Die vor einem Jahr eingeführte Mehrwertsteuer „war ein Erfolg - es hat keine Unruhen gegeben“, sagt Urike Wilson, IWF-Chefin in Kampala. In Afrika sicherlich ein herausragendes Ereignis. Trotzdem bleiben die Einnahmen weit hinter den Erwartungen zurück. Das Kernproblem liegt in der niedrigen Steuermoral in Uganda. Niemand ist bereit, Steuern zu zahlen. Das kann kaum verwundern, wenn nur 30 Prozent der öffentlichen Gelder ihr Ziel erreichen. Korruption in der öffentlichen Verwaltung hebt den Steuerwiderstand auf unüberwindbare Höhen. Hinzu kommen überlastete Finanzämter, die in den seltensten Fällen durchgreifen. „Die *ganze* Einstellung ist das Problem“, so Wilson. „Niemand wird für sein Fehlverhalten zur Rechenschaft gezogen.“

Fünf Dinge braucht der Investor

Die Probleme häufen sich. „Fünf Dinge braucht der Investor“, sagt Bruce Mазzie von der Unternehmensberatung „Presto“ in Kampala, „Wasser, Strom, Telefon, Land und Sicherheit“. Nur letzteres ist mit Ausnahme der

nördlichen Provinzen und den Gebieten rund um die Ruwenzori-Berge im Überfluß zu haben - im deutlichen Kontrast zu den Nachbarländern. Blutige Auseinandersetzungen überschatteten die Wahlen in Kenia, Krieg und Gewalt nimmt in Ruanda, Burundi und Kongo kein Ende, der Sudan befindet sich im ständigen Bürgerkrieg. Sicherheit ist der Trumpf Ugandas. Aber alle anderen Bedürfnisse kommen zu kurz. Zum Beispiel Strom.

Als Präsident Museveni am 24. November 1997 im „International Congress Center“ die 37. Versammlung der „Inter Africa Coffee Organisation“ (IACO) eröffnet und die ugandische Nationalhymne durch die Lautsprecher scheppert, fällt der Strom aus. Für Minuten stehen die afrikanischen Delegierten im Dunkeln. Es ist die Hand vor Augen nicht zu sehen. Wenig später gehen die Lampen wieder an. Museveni greift den peinlichen Zwischenfall in seiner Ansprache auf. Ein Kilo Instantkaffee, so der Präsident, koste im französischen oder britischen Supermarkt rund 70 Dollar. Davon erhält Uganda drei Dollar - das ist der Preis für 2,5 Kilo Rohkaffee, die dafür benötigt werden. Also fordere er, daß Instant-Kaffee in Uganda hergestellt werden müsse, damit auch die restlichen 67 Dollar im Land bleiben. „Aber wer will schon unter solchen Bedingungen arbeiten“, sagt Museveni und zeigt nach oben auf die Lampen. (Nicht unerwähnt bleiben sollte allerdings an dieser Stelle die Protektionspolitik der Europäischen Gemeinschaft, die auf Rohkaffee keinen Zoll erhebt, während für gerösteten Kaffee 7,4 Prozent und für fertigen Kaffee neun Prozent zu zahlen sind.) Kurze Zeit später gibt der Hotelgenerator nochmals den Geist auf, Personal öffnet die Türen, um notdürftig Licht zu schaffen. Am nächsten Tag höhnt „The Monitor“ auf dem Titelblatt: „Museveni's Black Out“.

Noch lustiger wird es zwei Wochen später. Ein hochrangiger Vertreter des „Uganda Electricity Board“ (UEB) rechtfertigt sich im Rahmen des „Zweiten Investoren-Forums 1997“ vor 40 Unternehmern wegen der mangelhaften Energieversorgung. Mitten in seiner Rede fällt der Strom aus, alle sitzen im Dunkeln. Nach einer Schrecksekunde lachen und brüllen die Geschäftsleute: „Now you can see what we're talking about.“ Später berichtet „Afroplast“-Chef Shah von bis zu 104 Stromausfällen in einem Produktionsmonat. „Wir sind seit drei Jahren in Uganda, aber können immer noch nicht vollständig arbeiten“, sagt er und droht mit dem Rückzug aus dem Land. Da wird Minister Kaijuka hellwach: „Das kostet Sie doch viel Geld, und außerdem verpassen sie die Blütezeit der nächsten Jahre“, sagt er. „Ich verstehe Ihre Frustration - aber was sollen wir tun?“

Jeden zweiten Tag sitzen Ugander - wenn sie einen Stromanschluß besitzen - von sechs bis zehn Uhr abends im Dunkeln, auch die Zeit von sechs bis acht Uhr morgens ist schwierig. An Steckdosen müssen elektrische Regulatoren angebracht werden, um Spannungsschwankungen auszugleichen. Andernfalls fristen Computer oder Fernseher nur ein kurzes Leben. „Elektrizität, Telefon und Land sind entweder nicht zu haben oder kosten viel zuviel Geld“, gibt Musiitwa von der UIA unumwunden zu. In Uganda berappt man für ein Kilowatt Strom sieben US-Cents, in Kenia sechs US-Cents und in Südafrika nur 2,3 US-Cents. Nur 0,2 Prozent der Bevölkerung

in Uganda verfügt über einen Telefonanschluß. Ein internationaler Anruf kostet im Land der Kraniche drei Dollar für drei Minuten, ein Ortsgespräch in gleicher Länge 40 US-Cents, in anderen afrikanischen Ländern liegen auch hier die Tarife niedriger. Nach jüngsten Schätzungen der Weltbank verliert das Land durch mangelhafte Infrastruktur rund zwei Prozent jährlich an Wirtschaftswachstum.

Problem erkannt, Gefahr gebannt? Es sieht nicht danach aus. Das nationale Energieunternehmen UEB arbeitet unter schwierigen Bedingungen, aber auch unfaßbar schlecht. Ganze 40 Prozent der Stromproduktion gehen durch defekte Leitungen, Diebstahl, illegale Anschlüsse und Zahlungsverweigerung verloren. Zum Vergleich: In Kenia verschwinden 16 Prozent, in Tansania zwölf Prozent, der weltweite Schnitt liegt bei zehn Prozent. In den sechziger Jahren produzierte die Behörde 154 Megawatt pro Jahr, heute sind es nur 180 Megawatt, obwohl sich in den 30 Jahren die Zahl der Belegschaft verdreifachte. Es kann kaum verwundern, daß UEB trotz der hohen Strompreise nur Verluste kennt. 1996 stand sie mit einer knappen halben Million Dollar in den roten Zahlen. Es kann kaum erstaunen, daß das Stromunternehmen einen denkbar schlechten Ruf genießt. „Wenn UEB-Chef Simon D’Ujanga allein und zu Fuß durch die Vorstädte von Kampala laufen würde, dann hätte er große Chancen, an einer unbeleuchteten Straßenlaterne aufgehängt zu werden“, schreibt „The Monitor“ am 6. Dezember 1997 in einem grimmigen Kommentar.

Dabei ist er nicht allein Schuld am Energiedesaster. Ein Knebelvertrag bindet die Kräfte. Die UEB ist durch ein 1954 unter britischer Regie geschlossenes Abkommen verpflichtet, bis ins nächste Jahrtausend knapp ein Drittel des Stroms zu Spottpreisen an Kenia zu liefern. Dabei reicht der produzierte Strom für Uganda allein nicht aus. Jeden Monat entsteht eine zusätzliche Nachfrage von 36 Megawatt. Immerhin baut die UEB - voraussichtlich - die Kapazitäten des Wasserdamms bis Ende 1998 um 90 Megawatt aus und erschließt Mitte 1999 ein neues Wasserkraftwerk. Für die Menschen in Uganda aber wird es 1998 schwierig. „Die Industrie hat Priorität“, sagt Musitwa. Die Bevölkerung leidet, damit die Maschinen laufen (mit der Ausnahme von Bukoto, Nakasero oder Ntinda - einzelne Stadtteile in Kampala, in denen hauptsächlich Politiker, Entwicklungshelfer und UEB-Beamte wohnen). Mittelfristig scheint sich die Lage durch Neubauten von Kraftwerken zu entspannen. Insgesamt besitzt Uganda eine Kapazität an Wasserkraft in Höhe von 2 700 Megawatt. Bis zum Jahr 2002 und 2003 gehen zwei von Privatfirmen gebaute Hydrowerke in Betrieb und bieten der maroden UEB Konkurrenz.

Auch beim Telefonieren ist Besserung in Sicht. Der Telefonmarkt ist liberalisiert. Die „Mobile Telephone Network“ (südafrikanisches, schwedisches und kanadisches Konsortium) kaufte für 5,6 Millionen Dollar eine Lizenz für ein eigenes Netz und konkurriert mit dem bisherigen Monopolisten „Uganda Post & Telecommunications Corp“ (UPTC). Die UPTC soll 1998 ähnlich wie die deutsche Bundespost vor einigen Jahren in vier unabhängige Geschäftsbereiche zergliedert werden. Ähnlich wie beim

Strom besitzen Investoren auch bei Telefonanschlüssen Vorrang vor Normalsterblichen. Wagemutig verspricht die UPTC jedem Unternehmen einen Anschluß innerhalb von zwei Wochen. Das sind die ersten Auswirkungen der Konkurrenz: Insgesamt ist zu erwarten, daß die hohen Telefongebühren auf südafrikanisches Niveau sinken und die Telefondichte zunimmt.

Nach ugandischem Gesetz darf kein Ausländer Land besitzen. Afrikanische Tradition und die sozialistische Geschichte Ugandas begründen die Regelung, die offiziell Landspekulation verhindern soll. Ausländische Investoren können Grund und Boden für 99 Jahre pachten. Aber bereits in fünf Fällen erlaubte die ugandische Regierung den Erwerb. Die Ausnahme soll zur allgemeinen Regel werden, verspricht Musiitwa. Aber nicht der Kauf von irgendwelchem Land ist das Problem, sondern von erschlossenem, für Unternehmen nutzbaren Boden. Gegenwärtig baut die UIA an der Jinija Road in Kampala ein neues, 1 000 Hektar großes Gewerbegebiet, das 1999 zur Verfügung steht. Das sorgt für Entspannung und für eine Verlagerung: Bislang konzentriert sich die Industrie auf Jinja, die Stadt am Viktoriasee, günstig gelegen am Seeweg nach Kenia und zum nahen Flughafen Entebbe. Jetzt wird auch Kampala zum industriellen Zentrum des Landes.

Das letzte große Problem: Mangelhafte oder fehlende Straßen treiben Transportkosten in die Höhe. Die starken Regenfälle durch den „El-Nino-Effekt“ treiben das Land ins Chaos. Straßen verschwinden, weil kein Abflusssystem gebaut wurde, die einzige Eisenbahnlinie Ugandas nach Nairobi und Mombasa bricht zusammen, die Fährschiffe bleiben liegen. Hier zeigt sich das Dilemma der ugandischen Regierung. Zum einen verfügt sie über wenig Einnahmen, zum anderen muß sie aber Infrastruktur bereitstellen, um Investitionen anzulocken und Steuerquellen zu erschließen. Korruption und Vetternwirtschaft tun ihr übrigens, um den jämmerlichen Status-Quo zu erklären. „Wir brauchen Hilfe“, klagt Gordon Mwesigye, höchster Beamter des Stadtwerke von Kampala. Seine Behörde erhalte jährlich nur 250 000 Dollar. „Wissen Sie, was ein Kilometer Straße kostet?“, fragt Mwesigye in die Runde der Investoren, die sich bitter über den Zustand der Straßen beschwerten. „200 000 Dollar“, beantwortet er seine Frage selbst.

Die Bereicherung der Begünstigten

„Korruption ist, man hört es, schlecht. Fern davon, etwas zu erhellen, hält deshalb das Wort einen sehr großen Topf bereit, in dessen dunklen Inneren, ob fein oder grob, alle Unterschiede auf Nimmerwiedersehen verschwinden.“

Georg Brunold, Afrika gibt es nicht (1994)

Beim Besuch des Owen-Wasserkraftwerkes zieht ein italienischer Entwicklungshelfer eine 10 000-Schilling-Banknote aus der Tasche. Lachend zeigt er auf die Rückseite, zwei Dämme sind dort als Zeichnung abge-

druckt. Tatsächlich existiert in Uganda nur ein Kraftwerk, der Owen an der Nil-Quelle am Viktoriasee. Schon seit Jahren verspricht der nationale Stromversorger „Uganda Electricity Board“ (UEB) einen Neubau. Warum kommt es zur Verzögerung? Den Italiener, seit drei Jahren bei der Europäischen Entwicklungsbank in Uganda tätig, erstaunt die Frage. „Natürlich Korruption“, lautet seine lapidare Antwort.

Schmiergeld gehört in Uganda zum Alltag wie *matatus*, die rasenden Minibusse. Nach Untersuchungen der Weltbank und nach Ansicht von Erisa O. Ochieng, Wirtschaftsprofessor an der Makerere-Universität in Kampala, erreichen nur 30 Prozent der Staatsgelder in Uganda ihr Ziel. „Find the extra“, bringt Ochieng das in Entwicklungsländern weit verbreitete Problem auf eine kurze Formel. Der Grund für Korruption ist klar für ihn: „Die Löhne sind zu niedrig.“ Ein Beamter des höheren Dienstes verdient rund 200 bis 300 Dollar im Monat. Die Preise in Kampala entsprechen durchaus europäischen Maßstäben - für ein Mittagessen im gehobenen Restaurant zahlt man leicht über zehn Dollar, kein Hotelzimmer kostet weniger als 50 Dollar die Nacht. Ein Liter Milch ist für 50 US-Cents zu haben, ein Kilo Fleisch für zwei Dollar.

In der Hauptstadt Kampala sind die Preise besonders hoch. Ein kleiner Strauch grüner Bananen, aus denen das Nationalgericht *matooke*, ein dem Kartoffelpüree ähnlichem Brei, hergestellt wird, kostet hier 2,2 Dollar, ansonsten 1,6 Dollar. In der Regenzeit schnellen die Preise regelmäßig nach oben, weil viele Straßen unbefahrbar werden und der Nachschub blockiert ist. „Warum ist das Leben in Kampala doppelt so teuer wie in Nairobi oder Dar-Es-Salam?“, fragt der verzweifelte Familienvater W. Ssendiwala in einem Leserbrief an die Wochenzeitung „The East African“. Und rechnet vor, daß er monatlich 200 Dollar sparen könnte, wenn er Einkaufslisten zu Verwandten nach Nairobi faxen und sie ihm am nächsten Morgen Schraubenzieher, Zucker oder Brot mit dem „Akamba-Bus“ zuschicken würden.

Wenig Geld und hohe Preise erklären viel. Warum aber ist Korruption eine so selbstverständliche Angelegenheit? Zum einen ist der Austausch von Geschenken fester Bestandteil afrikanischer Tradition. Zum anderen, und das ist um einiges wichtiger, spielte bislang Eigentum eine untergeordnete Rolle in ugandischen Stämmen. Land gehörte beispielsweise im ehemaligen Königreich Buganda, dem heutigen Süden und Südwesten von Uganda, entweder dem König oder dem Clan. Die Nation „Uganda“ gibt es erst seit gut 35 Jahren und ist für viele eine rein abstrakte Angelegenheit. Familie und Stamm sind viel wichtiger, weil sie Schutz und Versorgung gewährleisten. Mit Hinblick auf die grausame Vergangenheit erwarten die Menschen vom Staat genau das Gegenteil: Polizei und Armee stehlen und plündern, statt zu schützen. Der Horror der letzten Jahrzehnte prägt ihr Verhalten. In ihnen hat sich das Gefühl fest verankert, daß jederzeit wieder alles zusammenbrechen könnte.

Da kann es nicht verwundern, daß Ugander den Staat ausnehmen wo sie nur können. Korruption wird zur Grundhaltung. „Korruption geht durch die

ganze Gesellschaft", sagt Richard Kaijuka, Minister für „Planning and Economic Development". Beispielsweise ist es üblich, Journalisten zu kaufen. „Wir verdienen nur Pfennigbeträge", sagt Nielson Ochege, freier Mitarbeiter der kritischen Tageszeitung „The Monitor". Gekaufte Beiträge gehören zum Alltag. Verdrehte Wirklichkeit: In einem Seminar zum Thema „Frauen in Massenmedien" Mitte November im Hotel Equitoria beschwerten sich weibliche Parlamentsabgeordnete darüber, daß nicht genug über sie berichtet werde - weil das Interesse an Frauenfragen gering sei und sie kein Geld für Artikel hätten. Auch der Kauf von Wählerstimmen während der Parlamentswahlen 1996 gehörte zur Tagesordnung, wie Vizepräsidentin Wandira Kazibwe im Parlament monierte. Unverfroren verteilten vor den Wahllokalen die Kandidaten und ihre Helfer Geldscheine und gaben Freibier aus.

Trotz des guten Images von Uganda dämmert es auch den Geberländern von Entwicklungshilfe, daß nicht alles ganz so vorbildlich abläuft, wie es die Papierdaten vorgaukeln. Auf dem Weltbankkongreß in Paris Mitte November 1997 kritisierten die britische, niederländische und dänische Delegation offen die Verhältnisse in Uganda. Nur eines der bekanntgewordenen, zahlreichen Beispiele: Anfang 1996 besuchte Prinz Joachim von Dänemark das Land und spendete 30 000 Dollar für ein Besucherzentrum im Bwindi-Nationalpark an die „Ugandan Wildlife Authority" (UWA). Im November 1997 erkundigte sich der dänische Botschafter über den Verbleib der Summe. Zwar ist bislang kein Besucherzentrum entstanden, aber wo das Geld verblieben ist, kann die UWA auch nicht sagen.

Trotzdem beschlossen die Konferenzteilnehmer, Ugandas Haushalt für das Finanzjahr 1997/98 mit der Rekordsumme von 750 Millionen Dollar zu unterstützen. Die Entscheidung leuchtet aus mehreren Gründen ein: Erstens ist Korruption nicht ein speziell ugandisches Problem, sondern weltweit verbreitet. Industrienationen arrangieren sich mit dem Phänomen, Bestechungsgelder können legal von der Steuer abgesetzt werden, so auch in Deutschland. Finanzämter schaffen damit Anreize für Unternehmen, in Entwicklungsländern Geld unter der Hand zu zahlen. Diesen Umstand erwähnen ugandische Politiker gerne, oft und nicht zu Unrecht. Zweitens benötigen die Geberländer Musterknaben, um Entwicklungshilfe innenpolitisch verkaufen zu können. Daher liegt es im Eigeninteresse der Hilfsorganisationen, das Problem nicht allzu sehr an die große Glocke zu hängen. Schließlich, und das ist der hoffnungsvollste Grund, wird Korruption in Ugandas im Gegensatz zu anderen afrikanischen Staaten nicht totgeschwiegen, sondern öffentlich kritisiert.

Fast täglich erscheinen Artikel in allen Tageszeitungen über Veruntreuungen durch Politiker, Beamte oder Geschäftsleute. Vor allem das Parlament und oppositionelle Abgeordnete bringen immer neue Fälle ans Tageslicht. 95 der insgesamt 274 „Members of Parliament" unterzeichneten eine Petition, in der Erziehungsminister Jim Muhwezi beschuldigt wird, von den astronomisch hohen Büromieten der „Uganda Revenue Authority" zu profitieren. Drei Wochen später werfen Abgeordnete dem Vizeminister

für Regionale und Lokale Angelegenheiten, Kahinda Otafiire, vor, mehrere Waggonladungen Kupfer aus einem Werk in Westuganda für sich abgezweigt zu haben. Im November eröffnete ein Gericht den Prozeß gegen den früheren Justizminister Joseph Ekkemu, der rund 100 000 Dollar von Hilfsgeldern für den Wiederaufbau der Viehwirtschaft in Ostuganda veruntreut haben soll. Im Juli trat ein Minister zurück, nachdem oppositionelle Abgeordnete herausfanden, daß er mehrere tausend Liter Benzin von der hochverschuldeten ugandischen Eisenbahn an einen politischen Freund verschoben hatte.

Seit einem Jahr kämpft Jotham Tumwesigye als „Inspector-General of Government“ mit seinem Team und einem jährlichen Budget von einer Million Dollar gegen Korruption. Unter Führung der Vizepräsidentin Specioza Kazibwe bildete sich eine „Anti-Corruption-Task-Force“ heraus. Um nicht selbst in den Vorwurf der Bestechlichkeit zu geraten, müssen die engagierten Abgeordneten ihre Vermögensverhältnisse gegenüber Tumwesigye offenlegen. Zur Diskussion steht, ob sie auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Obwohl die Schuld in vielen Fällen juristisch noch nicht bewiesen ist, zeugen die Aktivitäten vom gestiegenen demokratischen Selbstbewußtsein und Sensibilität für das Thema Korruption.

Bestechung ist ein alltägliches Problem in Uganda. Auf einen Telefonanschluß wartet ein Ugander mindestens sechs Monate - wenn er nicht mit Bargeld nachhilft. Kein Bus fährt von einer Stadt zu nächsten, ohne die Gunst von Polizisten zu erkaufen (im Schnitt fünf bis 15 Dollar pro Streckenposten und Beamten). Die Unterschiede sind wichtig: Kleine Gefälligkeiten, großzügige Trinkgelder schaden keiner Wirtschaft. Das ist schlicht afrikanischer Umgang, wie ihn V. S. Naipaul in seinem lesenswerten Roman „An der Biegung des großen Flusses“ beschreibt: „Es gab ein Ritual, das ich jedesmal mitmachte, wenn ich beim Zoll eine schwierige Lieferung deklarieren mußte. Ich füllte die Zollerklärung aus, faltete sie über 500 Franc und übergab sie dem verantwortlichen Beamten. Sobald er seine Untergebenen hinausgeschickt hatte (die natürlich wußten, warum sie den Raum verlassen mußten), überprüfte er die Scheine zuerst mit den Augen. Dann nahm er sie an, überprüfte die Eintragungen auf der Erklärung mit übertriebener Sorgfalt und sagte dann bald: „C'est bien, Mis Salim. Vous etes en ordre.“ Weder er noch ich ließen ein Wort über die Banknoten verlauten.

Leider bleiben die Mauscheleien nicht auf kleiner Ebene. Im großen Stil kopieren Politiker und Beamte bei wichtigen Projekten, weitreichenden Entscheidungen ihr Verhalten. Sie sehen die Unterschiede nicht mehr, wie auch Oketcho C. nicht, der im „The Monitor“ vom 24. November 1997 schreibt: „Was ist schon daran, wenn ein paar Millionen Dollar im Jahr verschwinden, wenn viel mehr Geld jedes Jahr an Steuern und Entwicklungshilfe hereinkommt?“, fragt er im Artikel mit der Überschrift „Stop the noise on corruption“ auf der Meinungsseite der Tageszeitung. Solche Kommentare geben einen Eindruck, wie schwer es ist, Korruption in Afrika zu bekämpfen. Abgesehen vom Zwang zum Überleben steckt dahinter kurz-

fristiges Denken, das in Uganda weit verbreitet ist. Zu tief sitzen Erfahrungen von plötzlichem Krieg und Hunger. „Ihr schielt zu sehr nach dem schnellen Dollar“, beklagt sich George Rickson, südafrikanischer Geschäftsmann, in einem Leserbrief „wie in aller Welt soll das Land wachsen und Arbeit für die Menschen schaffen“?

Korruption ist langfristig ökonomischer Selbstmord. Zum einen stört sie die wirtschaftliche Entwicklung, Fehlallokation und Verschwendung sind die Folge. So ist es nicht nur eine menschliche Tragödie, wenn Gebäude einstürzen, weil die Baufirma wenig Zement, aber viel Schmiergeld in den Auftrag steckte. Es entsteht auch ein enormer materieller Schaden. Zum anderen, und das ist wesentlich schlimmer, untergräbt Korruption das Vertrauen in Staat und Wirtschaft. Sie zersetzt die Steuermoral und entzieht der öffentlichen Hand Geld, das sie dringend zum Ausbau von Straßen, Häfen und Schulen benötigt. Korruption ist eine beliebte Entschuldigung für Steuerhinterziehung, denn es wird ja sowieso verschwendet. Und wofür zahlt man denn das Schmiergeld? Samuel Higenyi wa Mugoya, Abteilungsleiter bei der Uganda Commercial Bank, bringt es auf den Punkt: „Afrika hat alle Ressourcen, eine weitaus wichtigere Rolle in der Weltwirtschaft zu spielen. Aber die Seuche Korruption breitet sich auf den ganzen Kontinent aus und hindert uns daran.“

Ausblick

Eigentlich lebt Uganda im Überfluß. Das Klima ist feucht und mild, der Boden fruchtbar. Rohstoffe wie Kupfer, Gold und neuerdings auch Öl finden sich im Land. Uganda weidet sich an einem Wirtschaftswunder der günstigen Umstände: Der Überfluß der Landwirtschaft, die fähige Wirtschaftspolitik Musevenis und die Begeisterung der Geberländer treiben die 1986 am Boden liegende Wirtschaft nach oben. Jeder glaubt an das Wunder. Es erfüllt sich selbst, weil jeder Vertrauen faßt und auf den Zug aufspringt, und ihn so zugleich in Bewegung hält. Auch greift stattliche Entwicklungshilfe Museveni kräftig unter die Arme. Das ist die Belohnung des Westens für Treue und Beständigkeit - nicht zufällig wählte der amerikanische Präsident Bill Clinton bei seiner historischen Afrikareise im März 1998 Uganda als eines der wenigen Länder zum Besuch aus. Aber nicht nur politisch, auch ökonomisch macht Museveni das einzig Richtige. Er überläßt den Überfluß den Menschen. Nach 15 Jahren Intervention und Wahnsinn unter Amin und Obote zieht sich der Staat aus der Wirtschaft zurück und kümmert sich um seine eigentlichen Aufgaben.

Die Investoren der ersten Stunde sind die Geberländer von Entwicklungshilfe. Der Geldstrom wächst von Jahr zu Jahr, seit 1994 fließen jährlich durchschnittlich 490 Millionen Dollar. Für 1997/98 ist Unterstützung in Höhe von 750 Millionen Dollar zugesagt. Das sind gewaltige Summen. Das jährliche Bruttoinlandsprodukt Ugandas bewegt sich zwischen drei und vier Milliarden Dollar. Rund 80 Prozent aller öffentlichen Investitionen

werden aus Entwicklungshilfe bezahlt, 35 bis 45 Prozent aller ugandischen Devisen stammen aus den Spendentöpfen der Industrienationen. Branchen wie Bauwirtschaft, Transport und Kommunikation sind zu großen Teilen von Entwicklungsprojekten abhängig.

Die Abhängigkeit von Entwicklungshilfe hat zwei Nachteile: Zum einen ist sie eine unstete Größe, zum anderen verschafft sie Illusionen. Zwar sind die Kredite - sie machen ungefähr die Hälfte der Entwicklungshilfe aus - verbilligt, die Zinsen gering. Trotzdem vergrößern sie den Schuldenberg von Uganda. Das Land stöhnt unter einer Last von rund 3,4 Milliarden Dollar. Der Schuldendienst bindet große Teile des Budgets und verhindert notwendige öffentliche Investitionen. Erleichterung verschafft ein Schuldenerlaß. Neben Burkina Faso und Bolivien qualifizierte sich Uganda als einziges Land für die „Highly Indepted Poor Countries“ (HIPC)-Initiative des Pariser Klubs, der Vereinigung aller Gläubigerländer. Eine IWF-Studie öffnete die Tür für Uganda zum warmen Geldsegen. Ab Juni 1998 verringert sich die Auslandsschuld um 20 Prozent. Damit verbessert sich die Liquiditätsrate (Verhältnis von Schulden zu Exporterlös) von Uganda wesentlich, bleibt aber im kritischen Bereich.

Aus ökonomischer Sicht ist der Schuldenerlaß eine fragwürdige Angelegenheit. Dem Land wird die Realität der Weltwirtschaft vorenthalten, ineffizientes Management der Staatsfinanzen (und dazu gehört Korruption) wird nicht bestraft. Das in der Fachliteratur als „moral hazard“ bekannte Problem kennt auch IWF-Chefin Ulrike Wilson: „Deswegen beobachten wir kritisch, ob Uganda alle Auflagen erfüllt oder nicht - auch wenn mich deswegen manche Entwicklungsorganisationen als Babymörderin beschimpfen.“

Ugandas Wachstum ist aber nicht nur von Almosen abhängig, sondern auch vom Wetter. Rund 44 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 90 Prozent der Exporterlöse stammen aus der Landwirtschaft. Schätzungsweise 80 Prozent der Bevölkerung leben direkt oder indirekt vom Anbau und Verkauf von Bananen, Cassavas, Süßen Kartoffeln, Mais, Bohnen, Kaffee, Nüssen, Tee und Tabak. 1997 leidet Uganda unter den Auswirkungen der weltweiten Klimaverschiebung, dem „El Nino“-Phänomen. Die Sommermonate waren außergewöhnlich trocken, die Wintermonate extrem feucht. Als Folge sinkt die landwirtschaftliche Produktion je nach Frucht zwischen 20 und 60 Prozent. Die Trockenheit 1991/92 beispielsweise war für das relativ geringe Wirtschaftswachstum von 3,1 Prozent verantwortlich, die günstige Regenzeit 1992/93 verursachte ein Ergebnis von 8,4 Prozent. „The economy is dependent on rain and aid“, bringt es eine Länderstudie vom Londoner Wirtschaftsinstitut „Economic Intelligence Unit“ (ECI) auf den Punkt. Neben dem Regen belasten noch ganz andere Unsicherheiten die Wirtschaft, beispielsweise die Schwankungen der Weltmarktpreise für Kaffee, Tee oder Zucker. Wie sehr Uganda damit am Tropf des Westens hängt, zeigt die Analyse von 1994. Damals waren die Umstände ganz ähnlich wie 1997. Die ECI kommt zum Schluß: „Without aid flows the economy would have not survived.“

Wächst die Wirtschaft von Uganda weiterhin so stark? Für 1997 lautet die Antwort: Nein. Die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung in Uganda basierte in den letzten Jahren stark auf dem Kaffeeboom. „El Nino“ und sinkende Weltmarktpreise setzen dem ein Ende. Untersuchungen von Collier und Gunning 1996 über den Boom von landwirtschaftlichen Produkten in Entwicklungsländern haben gezeigt, daß im ersten Jahr nach dem Boom das Wachstum weitaus geringer ausfällt und die Stagnation mindestens zwei Jahre anhält. Der Ausbau von anderen landwirtschaftlichen Exportgütern wie Baumwolle oder Mais könnte dies auffangen, die Produktion bleibt aber stark hinter den Erwartungen zurück.

Uganda bleibt weiterhin auf Entwicklungshilfe und günstigem Wetter angewiesen. Beide sind unberechenbar. Aber die Wirtschaft, und das ist wichtig, wächst weiterhin schneller als die Bevölkerung. Mittel- bis langfristig stehen die Sterne günstig für Uganda. Vor allem, wenn es Museveni gelingt, seine Regierung 2001 (oder im Falle einer Verfassungsänderung und eines wiederholten Wahlsieges in 2006) friedlich abzuschließen und die Nachfolgefrage dauerhaft zu lösen.

Danksagung

Ohne die Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kampala, Uganda, wäre der Aufenthalt und Bericht in dieser Form unmöglich gewesen. Ich danke sehr herzlich Hajo, Rossette, Nina, Ronald und dem Rest des Büros.